

PISA-Migrationsstudie: Zwischen Analyse und Interpretation

Elfriede Ohrnberger, Ministerialrätin am Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, setzt sich in dem Artikel der Lehrerinfo 2/2006 kritisch mit der Vorstellung und Veröffentlichung der PISA-Migrationsstudie auseinander.

Die Ergebnisse der PISA-Studien werden vermutlich in wenigen Teilnehmerstaaten so intensiv diskutiert und zum Anlass für weitere Analysen genommen wie in Deutschland. Jugendliche mit Migrationshintergrund haben bei PISA 2000 bekanntlich nicht gut abgeschnitten. Deutschland hat deshalb im internationalen PISA-Gremium einen vertieften Bericht angeregt, um festzustellen, wie es anderen Staaten gelingt, hier bessere Ergebnisse zu erzielen. Es bedurfte mehrerer Anläufe, bis die Zustimmung zu einem solchen Bericht auf der Basis der PISA 2003-Daten gelang.

Als das OECD-Büro in Berlin im Mai 2006 zu einer Pressekonferenz zur Vorstellung dieser Studie einlud, waren die Erwartungen hoch. Umso enttäuschender verlief die Veranstaltung. Nicht in erster Linie wegen der für Deutschland insgesamt negativen Befunde bei der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Diese in der Tat nicht zufrieden stellenden Ergebnisse sind seit der Veröffentlichung des internationalen PISA-2003-Berichtes im Dezember 2004 und des deutschen Ländervergleichs im November 2005 bekannt.

Enttäuschend war vielmehr, dass die für die Studie verantwortliche Wissenschaftlerin in der Pressekonferenz „aus Zeitgründen“ die Befunde nicht vorstellen und kommentieren konnte. Die Ergebnisse wurden ausschließlich von der OECD präsentiert, allerdings eher summarisch und wenig differenziert. Mit Blick auf die jeweils sehr unterschiedliche Herkunft und den sozioökonomischen Hintergrund der Migrantengruppen in den untersuchten 17 Staaten wäre das aber gerade notwendig gewesen.

Im Technischen Anhang zum Bericht, der nicht erwähnt und in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurde (wer analysiert bei einem Bericht von 160 Seiten auch noch den Anhang?), wird z. B. ausgeführt, dass in Kanada die einzige zahlenmäßig ins Gewicht fallende nichteuropäische Einwanderergruppe Chinesen sind. In Australien, das sich ebenfalls durch gute Ergebnisse bei der Integration auszeichnet, stammen die Hauptgruppen der Einwanderer aus Großbritannien und Neuseeland. Und in Schweden sind mehr als 25 Prozent der Migranten andere Skandinavier und Deutsche. Anstatt diese Fakten zu benennen, verwies die OECD auf konkrete Nachfragen von Medienvertretern zu diesem Thema ausweichend auf „zum Teil auf Kompositionseffekte zurückgehende Ergebnisse“.

Zur Vermeidung von Missverständnissen sei erwähnt, dass niemand eine Beschönigung der deutschen Ergebnisse will, dass aber der objektive und korrekte Umgang mit den Ergebnissen der Studie im Interesse aller ist. Dann würde auch deutlich, dass die Schule zweifellos einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten muss, dass aber unterschiedliche Akzente bei der Einwanderungspolitik von Staaten nicht ohne Auswirkungen auf den Erfolg dieser schulischen Bemühungen bleiben (können). Das ändert zwar nichts an den deutschen Ergebnissen, würde aber verhindern, dass diejenigen, die sich tagtäglich in den Schulen um erfolgreiche Sprachvermittlung und Integration bemühen, durch allzu einseitige Darstellungen bei ihrer schwierigen Aufgabe auch noch entmutigt werden. Wenn statt der objektiven Präsentation der Daten von der OECD die Abschaffung der Hauptschule als Konsequenz aus den Ergebnissen der Studie gefordert wird, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass zumindest einige Verantwortliche in der OECD mit der Veröffentlichung von Ergebnissen auch „Politik“ machen wollen. Dabei kann das insgesamt positive Unternehmen, unterschiedliche Schul- und Bildungssysteme auf ihre Leistungsfähigkeit zu untersuchen, leicht Schaden nehmen, was wiederum nicht im Interesse der teilnehmenden Staaten sein kann.

Der Artikel erschien gedruckt in der Lehrerinfo 2/06.

[Zurück](#)